

Lessenich, Stephan

Article — Published Version

[Rezension] Gesellschaftstragende Soziologie

KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie

Suggested Citation: Lessenich, Stephan (2024) : [Rezension] Gesellschaftstragende Soziologie, KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, ISSN 1861-891X, Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden, Vol. 76, Iss. 2, pp. 187-192, <https://doi.org/10.1007/s11577-024-00962-2>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/315456>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



Gesellschaftstragende Soziologie

Stephan Lessenich

Angenommen: 3. Juli 2024 / Online publiziert: 31. Juli 2024
© The Author(s) 2024

Mau, Steffen, Thomas Lux und Linus Westheuser Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp 2023. 540 Seiten. ISBN: 978-3-518-02984-8. Preis: € 25,-.

Was ließe sich nach all der wissenschaftlichen, medialen und nicht zuletzt auch politischen Resonanz auf ein seit nunmehr einigen Monaten vorliegendes Buch wohl noch, zumal Neues, zu diesem sagen?

Das von, in alphabetischer Reihenfolge, Thomas Lux, Steffen Mau und Linus Westheuser vorgelegte Werk ist ganz fraglos ein großer Wurf, wie er im wettbewerbsgetriebenen Wissenschaftssystem selten geworden ist und den darin verstrickten Forschenden (oder: eigentlich doch nur Forschenden-Wollenden) mittlerweile geradezu unmöglich, ja strukturell verunmöglicht erscheinen muss. Nachvollziehbarerweise und vollkommen zu Recht ist das Buch daher zu einem Instant-Klassiker der Politischen Soziologie sozialer Ungleichheit und, mehr noch, einer empirisch fundierten soziologischen Zeitdiagnostik geworden.

Seine Stärken sind ebenso zahlreich wie beeindruckend. Da wäre zuallererst der prinzipielle Zweifel zu nennen, den die Autoren gegenüber den gängigen, häufig holzschnittartigen und nicht selten politisch interessierten Diagnosen einer „gespaltenen“ oder „polarisierten“ Gesellschaft anbringen, wobei sich soziologisch umgekehrt die Frage stellt, was denn eigentlich „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ sein und wie er sich wohl zeigen, worin er sich äußern sollte (vgl. Lessenich 2022). Sodann ist die ungleichheitssoziologische Lesart der aktuellen gesellschaftlichen Konfliktstrukturen und -dynamiken hervorzuheben, konkreter noch die von der Stu-

✉ S. Lessenich

Institut für Sozialforschung, Goethe-Universität Frankfurt am Main
Senckenberganlage 26, 60325 Frankfurt am Main, Deutschland
E-Mail: lessenich@soz.uni-frankfurt.de

die geleistete Verknüpfung von Einstellungsforschung und Klassenfragen. In diesem Sinne rekonstruieren die Autoren systematisch das merkwürdige Absterben des klassisch materiellen Klassenkonflikts und nehmen zugleich auf wohlthuende Weise eine Entkulturalisierung von sogenannten Identitätspolitiken vor, indem sie diese konsequent materialistisch als genuinen Ausdruck sozialer Ungleichheitsfragen und Verteilungskonflikte deuten. *En passant* entzaubern sie den wissenschaftlich wie politisch breit in Anschlag gebrachten Pseudoantagonismus von „Kommunitaristen“ und „Kosmopoliten“, „Somewheres“ und „Anywheres“, regressiver Unter- und liberaler Oberschicht. Zugleich sensibilisiert der Band dafür, dass Klima und Migration schon heute als die dominierenden Themen der gesellschaftlichen Konfliktstruktur gelten müssen und mögliche Felder einer „Klassenthematik im Werden“ (S. 401) darstellen. Dies alles entwickeln Mau, Lux und Westheuser auf Grundlage eines aufwändigen Methodenmixes von eigener Repräsentativerhebung, (längsschnittlicher) Sekundäranalyse von Survey-Daten und an zwei Standorten durchgeführten Gruppendiskussionen. So weit, so gut.

Das große Manko der Studie sei aber ebenfalls gleich zum Einstieg genannt: Es liegt in dem ausdrücklichen und weitgehend ausschließlichen Fokus auf Einstellungen, Meinungen, Haltungen und dem daraus sprechenden engen, eingeschränkten Verständnis einer politisch-soziologischen Ungleichheitsforschung, die sich nicht so sehr dafür interessiert, „wie Ungleichheit selbst entsteht und reproduziert wird, sondern wie über sie gestritten wird“ (S. 39). Sicher: Dank dieser Perspektive wird die Untersuchung unmittelbar interessant für Eliten in Parteien und Regierungen, alten und neuen Medien, die sich gleichsam natürlicherweise für Stand und Entwicklung der „öffentlichen Meinung“ interessieren oder interessieren müssen. Aber die Strukturen und Dynamiken von „Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft“ dürften sich auf dem Wege der Einstellungsforschung nur sehr bedingt erschließen lassen. Zumal sich die Autoren in ihrer Analyse und Interpretation letztlich doch stärker auf die quantitativen Daten als auf ein qualitatives Erhebungsinstrument verlassen, das im Forschungsprozess mit sechs Fokusgruppen und 42 Teilnehmenden nur recht sparsam eingesetzt wurde (zum Vergleich: beim „Gruppenexperiment“ des Instituts für Sozialforschung aus den Jahren 1950/1951 gingen nicht weniger als 121 Diskussionen mit insgesamt 1635 Teilnehmenden in die Analyse ein) und das in der Auswertung zudem hauptsächlich argumentationsillustrativen Zwecken dient. Hingegen kommt es bei den auf die quantitative Datenerhebung gestützten Analysen zu typischen Problemen, wenn zum Beispiel auf Grundlage eines einzigen, eher schlicht gehaltenen und überaus allgemein formulierten (ob nämlich „aktuelle politische Diskussionen“ die Befragten „oft wütend machen“, vgl. S. 341), mit einer fünfstufigen Antwortskala versehenen Items ein recht umfassender interpretativer Überbau zur Sozialstruktur des politischen „Wut“-Affekts konstruiert wird (vgl. Kapitel 9, S. 339 ff.).

Den irgendwo immer auch wohlfeilen, im standardisierten Studienteil ausschließlich telefonisch erhobenen Einstellungsbekundungen der Befragten wird zu selten – in der soeben angesprochenen Passage zum Beispiel gar nicht – die ganz normale Schärfe der in den Gruppendiskussionen getätigten Äußerungen entgegengehalten. Und noch viel weniger werden sie mit dem Spiegelbild der realen politisch-sozialen Praktiken konfrontiert: mit der „volkswirtschaftlichen“ Wohlstandsproduktion auf

Kosten Dritter, der an den europäischen Außengrenzen (und weit darüber hinaus) tödlich wirkenden Herstellung „innerer Sicherheit“, den systematisch geschönten nationalen Klimabilanzen. Dass der statistisch sich zeigende „Nichtdiskriminierungskonsens“ (vgl. S. 382) von der sozialen Wirklichkeit eines alltäglichen und institutionalisierten Rassismus demontiert wird, fällt dann nicht weiter ins Gewicht – was zählt, sind die aggregierten Einstellungsdaten, die ihre ganz eigene Sprache sprechen.

Wenn die Autoren von der Existenz politischer „Polarisierungsunternehmer“ (vgl. S. 375 ff.) reden, die eine im Kern konsensuell veranlagte Bürgerschaft agitieren würden und denen mit vereinten liberaldemokratischen Kräften das Wasser abzugraben sei, dann ist ihr eigener Einsatz als ein Teil eben dieser öffentlichen Moderierungsbewegung zu verstehen und ihr Buch dementsprechend als wissenschaftliches Abklingbecken angelegt. Zum gängigen Tenor der gesellschaftlichen Debatte, in welcher „der Konsens tendenziell verdeckt, der Dissens akzentuiert“ (S. 319) wird, findet sich hier der ausdrückliche, bisweilen etwas gezwungen wirkende Kontrapunkt. Man verstehe „das Land und seine Politik“ besser, so Mau et al., wenn man begreife, dass es „„Middle-of-the-Road“-Positionen“ – für gesteuerte Zuwanderung, gemäßigten Klimaschutz, meritokratische Normen und eine im Rahmen bleibende gesellschaftliche Vielfalt – „und nicht zugespitzte Meinungen“ seien, die „die Grundhaltungen der Mehrheit prägen – allen Sorgen um das Erstarken des Rechtspopulismus zum Trotz“ (S. 381 f.).

Meines Erachtens liegen die Dinge freilich geradezu umgekehrt: Man versteht dieses Land und seine Politik besser, wenn man sieht, dass zentrale Motive und Momente des „Rechtspopulismus“ bereits in den herrschenden gesellschaftlichen Grundkonsens eingewandert, in die Positionierungen der „Mitte“ eingepreist sind – und zwar unter tätiger Mithilfe jener Akteure, die diese Mitte politisch zu repräsentieren beanspruchen. Man denke nur, gleichsam zufallsstichprobenartig, an Markus Söders Verweis auf Migration als „Mutter aller Probleme“, an Friedrich Merz' Erzählung von deutsche Zahnarztpraxen verstopfenden Asylbewerbern oder an Olaf Scholz' Forderung nach Abschiebungen „im großen Stil“, aber auch an die deutlich harmloser daherkommende und selbstverständlich populäre Suggestion des amtierenden Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz, dass die Kreisquadratur von fortgesetztem Wachstum und effektiver Ressourcenschonung politisch zu bewerkstelligen sei, womit der unter gegebenen erdsystemischen Bedingungen durchaus radikal zu nennende bürgerliche Traum befeuert wird, dass es Wohlstand ohne Nebenfolgen, ein Weiter-So ohne negative Rückkopplungen geben könnte, letztlich „Liebe ohne Leiden“ (Jürgens und Jürgens 1984) möglich sei.

Es ist diese uneingestandene, hinter Semantiken von Zentrum, Maß und Mitte verborgene bürgerliche Radikalität, die auch von den Autoren dieses Bandes nicht thematisiert, geschweige denn problematisiert wird. In ihrer Analyse der deutschen Einstellungswelt wird das sozial Problematische auf die politischen Peripherien projiziert und, ganz wie im öffentlichen Diskurs auch, vornehmlich der AfD oder einem exterritorialen „rechten Rand“ zugeschrieben und damit aus dem Bereich des gesellschaftlichen Grundkonsenses verbannt. Im Umkehrschluss wird mit erheblichem interpretativen Aufwand und gehöriger methodischer Akribie am wissenschaftlichen Bild einer breiten liberaldemokratischen „Mitte“ gearbeitet und so deren, im Selbst-

verständigungsgeschehen dieser Gesellschaft ohnehin dominierende, Eigendeutung reproduziert. Auf elaborierte Weise wirkt die Studie damit an der Ausblendung dessen mit, was in der Tat den Kern des nationalen Haltungsproblems ausmacht: die Radikalität der sogenannten gesellschaftlichen Mitte selbst.

Für den „Extremismus der Mitte“, ein auf Theodor Geiger (1930) und namentlich Seymour Martin Lipset (1960) zurückgehendes Konzept, in seiner gegenwärtigen, die politischen Prozesse und kollektiven sozialen Praktiken grundierenden Gestalt, haben die Autoren der Studie weder praktischen Sinn noch analytisches Sensorium. Stattdessen konfrontieren sie die Leserinnen und Leser mit einer durchweg bürgerfreundlichen Deutung des empirischen Materials. Was sie anzutreiben scheint, ist die Suche nach der intakten politisch-ideologischen Grundüberzeugung dieser Gesellschaft, die Betonung des „Ja“ im multidimensional dokumentierten „Ja-aber“ (vgl. S. 382 u. passim) der Positionierungen, wo doch die vielen „Abers“ das nicht nur syntaktisch vorgeschobene „Ja“ nachhaltig entkräften, teilweise gar zur liberal-demokratischen Farce verkommen lassen.

Dies geht sowohl aus den quantitativen wie den qualitativen Daten hervor. In den, wenn auch nur eher spärlich, präsentierten Protokollen der Fokusgruppendifkussionen wimmelt es nur so von rassistischen, sozialchauvinistischen, homophoben Aussagen und autoritär-regressiven Positionierungen. In einer Passage (vgl. S. 189f.) echauffieren sich gleich fünf Befragte gemeinsam über gendergerechte Sprache – einschließlich einer offen antisemitischen Äußerung (wenn der „Genderstern“ spontan-pseudoironisch mit dem „Judenstern“ assoziiert wird), die von den Autoren unkommentiert gelassen wird. Der Aussage: „Heutzutage darf man nichts Kritisches mehr über Migranten oder Homosexuelle sagen, ohne gleich als intolerant beschimpft zu werden“, in der standardisierten Befragung zur Positionierung vorgelegt, stimmen „[r]und 70 % der Einkommenschwächsten, der Produktionsarbeiter und der Befragten mit maximal Hauptschulabschluss [...] zu, aber nur rund 50 % der Einkommensstärksten und nur 45 % der Akademikerinnen“ (S. 271). Mit Verlaub: „Nur“ die Hälfte der Oberschichten und der Bildungseliten? Zeichnet sich hier nicht eher ein gruppenübergreifender illiberaler Konsens ab? (An anderer Stelle, vgl. S. 346, wird deutlich, dass „insgesamt 61 %“ der Befragten die genannte Aussage bejahen, für die Autoren „eine nicht unerhebliche Zustimmung“.)

Das Geheimnis des Erfolgs dieses Buches – bei Politik, Medien und Kritik – ist damit letztlich keines. Denn die Gründe seiner Zugkraft liegen auf der Hand: Hier wird Deutschland so gezeichnet, wie man es gerne hätte und wie es sich gern selbst sieht, hier wird der offiziellen Sonntagsredenselbstbeschreibung weitgehend entsprochen. Wir stehen vor einem in jeder Hinsicht beeindruckenden Produkt staats- oder vielleicht besser: gesellschaftstragender Soziologie. Für sie ist die deutsche Gesellschaft liberal, tolerant, offen – durchaus mit teilweise auch gewichtigen Einschränkungen, in ihrem Kern aber eben doch. Dabei ist das von breiten Mehrheiten geteilte Verständnis der gesellschaftlichen Probleme selbst das Problem: Zuwanderung ja, aber bitte nur von dringend benötigten Arbeitskräften; ein starker Sozialstaat gerne, allerdings ausschließlich für die „hart Arbeitenden“; Schwulsein ist in Ordnung, wenn es im Privaten stattfindet und nicht öffentlich „zur Schau gestellt“ wird; Klimaschutz muss sein, doch er darf uns nichts kosten und mich in meiner Lebensführung nicht einschränken.

Insofern gilt: Ja, es gibt ihn, den von Mau, Lux und Westheuser konstatierten und mit Barrington Moore (1982) so genannten „impliziten Gesellschaftsvertrag“ des „Ja-aber“, aber dessen klassenübergreifend in Anspruch genommenes Kleingedrucktes (vgl. Lessenich 2020), wonach die destruktiven Konsequenzen des heimischen Arrangements von Marktwirtschaft und Demokratie, Wohlfahrtsstaat und Konsumgesellschaft vom eigenen Territorium und der eigenen Bevölkerung, oder ihrer selbsterklärten „Mitte“, mit aller Macht und notfalls auch mit Gewalt fernzuhalten seien, wird von dem Autorenteam interpretativ unterschlagen. Der von ihnen jenseits der gesellschaftlichen Konsenszone verortete offene und offensive völkisch-exklusive Nationalismus hingegen ist sich dieser Tiefengrundierung des postnationalsozialistischen Generalkonsenses wohl bewusst – weshalb das Buch nicht nur an dieser Stelle, sondern offenbar auch in der identitären Rechten, mit durchaus anderem Zungenschlag, als „großer Wurf“ diskutiert wird (vgl. Geyer 2024).

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Begriffsmarketing des Bandes: Der Titel „Triggerpunkte“ mutet nach Lektüre der gut 400 (mit Anmerkungsapparat knapp 500) Seiten Text seltsam an, trifft er doch nur einen Ausschnitt, im Wesentlichen die Kapitel 7 und 9, einer eigentlich viel umfassender angelegten Sozialanalytik. Zudem scheint er für einen modernen Klassiker (à la „Risikogesellschaft“ oder auch „Die feinen Unterschiede“), zu dem das Buch durchaus das Zeug hat, eher schlecht gewählt. Wem sagt dieser Titel etwas, an die gepflegte Alltagssemantik von welchen sozialstrukturellen Gruppen knüpft diese Begrifflichkeit eigentlich an? Wird mit dem offensiven Einsatz eines Neologismus womöglich ein Keil in die potenzielle (Achtung, Triggerwarnung!) Leser*innenschaft getrieben?

Andererseits: Gut, dass es die „Dromedargesellschaft“ nicht in den Titel geschafft hat, und wiederum überraschend, dass dieses etwas befremdliche und eher belustigende Bild („Nicht Kamel, sondern Dromedar“, vgl. S. 380 ff.) nicht nur einmal am Rande bemüht wird, sondern tatsächlich als so etwas wie ein Label für die Konsens- und Konfliktstruktur der Gegenwartsgesellschaft erhalten muss. Wenn aber schon Rückgriff auf alltagszoologische Konzepte, dann erweist sich die deutsche Gesellschaft wohl weder als Kamel- noch als Dromedar-, sondern als Trampeltiergesellschaft: als eine Gesellschaft, die in ihrer Suche nach Konsens und in der ideellen wie materiellen Bestätigung und Bestärkung desselben auf den Rechten von Nichtstaatsangehörigen und der Natur herum trampelt. Dieser Sachverhalt aber kommt, aufgrund des für die Untersuchungsanlage konstitutiven methodologischen Nationalismus der Studie, gar nicht erst in den Blick. Der damit angedeutete Megakonflikt globalgesellschaftlichen Zusammenlebens verschwindet hinter der Beobachtung des in diesem Rahmen sich vollziehenden binnengesellschaftlichen Konfliktgeschehens.

Das zeigt sich nicht zuletzt auch in der Etikettierung der ökologischen Spaltungslinie als Frage von „Heute-Morgen-Ungleichheiten“ (vgl. Kapitel 6) – davon nämlich kann nur reden, wer selbst nicht in den schon heute, und nicht erst in irgendeiner mehr oder minder entfernten Zukunft, von den Folgen der Erderhitzung und den sonstigen Phänomenen ökologischer Verwüstung heimgesuchten Weltregionen lebt, sondern eben in Deutschland, wo, nach Meinung des Beamten und Berliner Gruppendiskutanten Walter, die Welt noch in Ordnung ist, denn „sozialökonomisch läuft die Kiste hier, denke ich mal, einigermaßen rund“ (S. 81). Na denn.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

- Geiger, Theodor. 1930. Panik im Mittelstand. *Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde*, Heft 10, 637–654.
- Geyer, Christian. 2024. Die neue Schamlosigkeit. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: 9.
- Jürgens, Udo und Jenny Jürgens. 1984. *Liebe ohne Leiden* [<https://www.youtube.com/watch?v=Y5khCWnJT5U>].
- Lessenich, Stephan. 2020. Doppelmoral hält besser: Die Politik mit der Solidarität in der Externalisierungsgesellschaft. *Berliner Journal für Soziologie* 30 (1): 113–130.
- Lessenich, Stephan. 2022. Dieses obscure Objekt der Begierde. Oder: Wessen Halt ist der Zusammenhalt? *Soziologische Revue* 45 (1): 24–36.
- Lipset, Seymour Martin. 1960. *Political Man. The Social Bases of Politics*. Garden City, NY: Doubleday.
- Moore, Barrington. 1982. *Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.

Stephan Lessenich Prof. Dr., Institut für Sozialforschung, Goethe-Universität Frankfurt am Main. Forschungsgebiete: Politische Soziologie sozialer Ungleichheit, Kritische Theorie der Gesellschaft, Analyse und Kritik kapitalistischer Vergesellschaftung. Veröffentlichungen: *Nicht mehr normal. Gesellschaft am Rande des Nervenzusammenbruchs*. München 2022; *Gesellschaften unter Handlungszwang. Existenzielle Probleme, Normalität und Kritik*. Berlin 2024 (als Hrsg., mit T. Scheffer).